

schaffter ist der wirtschaftliche Klassenkampf, durch welchen er auch die Köpfe der Arbeiter revolutionieren will, und die durch die Organisation der Arbeitermassen erlangte wirtschaftliche Macht das Mittel zum Ziel; für den Nropolitiker die Eroberung der politischen Macht entweder durch den Stimmzettel oder durch die »Diktatur des Proletariats«. Diese gegensätzlichen Anschauungen sind in Deutschland allerdings auch einige Zeit hervorgetreten, jedoch ist durch dieselben der einheitliche Charakter der sozialdemokratischen Bewegung nie gestört worden; in Frankreich dagegen, wo für jede abweichende Meinung auch eine neue Sekte gebildet werden muss, sehen wir, dass noch heute diese Anschauungen eine wesentliche Rolle bei der Zerklüftung der sozialdemokratischen Partei spielen. In Deutschland ist die nurgewerkschaftliche sowohl wie die nropolitische Bewegung ein überwundener Standpunkt. Die deutschen Arbeiter sind viel zu logisch veranlagt, um auf die Dauer sich auf eine einseitige Schablonisierung festnageln zu lassen. Die grosse Mehrheit derselben erkennt heute in der Tätigkeit der Arbeiter auf allen Gebieten den Weg und das Mittel zum Ziel. Wie seiner Zeit die englischen Gewerkschafter gute Christen waren, so sind heute die deutschen Gewerkschafter gute Sozialisten; gelegentliche Reibungen zwischen den Führern der beiden Bewegungen sind allerdings nicht ausgeblieben und werden auch vielleicht in Zukunft noch wieder vorkommen, sie sind in der verschiedenartigen Tätigkeit der einzelnen Persönlichkeiten begründet.

Zweifellos wird mit der Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung diese einen immer grösseren Einfluss auf die politische Arbeiterbewegung ausüben. Die sozialdemokratische Partei, die von dem Moment an, wo sie im Parlament Vertretung besass, praktische Gegenwartsarbeit leistete, wird nicht so thöricht sein, sich diesem Einfluss entgegenzustellen, wie es dazumal die Führerschaft in der Charlistenbewegung that. Im Gegenteil — ein je grösseres Interesse die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Erlangung völliger Koalitionsfreiheit, an Arbeiterschutzgesetzen und sozialpolitischen Massnahmen bekunden, je verschiedener und unzweideutiger dieselben ihre Forderungen auf diesem Gebiete präzisieren, eine desto grössere Rückenstärkung wird die Sozialdemokratie in ihrem Wirken im Parlament an der organisierten Arbeiterschaft haben. Die Hoffnung des Herrn Dr. Freund und seiner Gesinnungsgenossen, es werde sich mit der Zeit zwischen der Sozialdemokratie und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ein Gegensatz herausbilden, wird gänzlich zu Schanden werden. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind durchaus nicht der Meinung, wie Herr Dr. Freund entdeckt haben will, dass die sozialdemokratische Fraktion bei ihren sozialpolitischen Forderungen »massvoller« vorgehen solle. Ich erinnere hier nur an die Erklärung des Vorsitzenden des Seemannsverbandes auf dem Parteitag in Lübeck. Zur Beherzigung für die bürgerlichen Sozialreformer sei dieselbe hier wörtlich wiedergegeben.

»Müller-Hamburg: Ich habe als Führer der seemännischen Organisation gegenüber den unbegründeten Angriffen der Rheder und ihrer Presse auf unsere Reichstagsfraktion eine Erklärung abzugeben. Die Rheder behaupten, dass die Fraktion bei der Revision der Seemannsordnung weitgehende Anträge stellte, um mit ihrer Ablehnung hausieren gehen und Unfrieden in der seemännischen Bevölkerung stiften zu können. Ich erkläre, dass die Fraktion bisher in vollem Einvernehmen mit der organisierten seemännischen Bevölkerung gehandelt hat. Ja, ihr Auftreten geht uns noch nicht weit genug.«

Auch von einer »Neutralisierung« der Gewerkschaften, von die Arbeiter aller religiösen und parteipolitischen Schattierungen umfassenden Organisationen, braucht die sozialdemokratische Fraktion am allerwenigsten eine Desavouierung bezüglich ihrer sozialpolitischen Tätigkeit zu befürchten. Wir wollen auch hier uns nur an Thatsachen halten. Als die in Bezug auf sozialpolitische Erkenntnis rückständigste Arbeiterkategorie galt bisher allgemein diejenige, die dem Zentrum Heeresfolge leistete. Die ultra-

montan gesinnten Arbeiter sind erst recht spät, erst in den letzten Jahren dazu gekommen, sich ernstlich mit sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen. Angesichts dieser Thatsache ist es geradezu überraschend, dass, sobald dieses geschieht, sie so ziemlich dieselben Forderungen stellen, wie ihre sozialdemokratischen Kollegen, und deshalb natürlich mit den »maassvollen« Sozialpolitikern in der Zentrumsparthei in direktem Gegensatz geraten. So hatte z. B. zur Reform des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter eine Petition eingereicht, in welcher die Einführung freiwilliger Mehrleistungen der Berufsgenossenschaften entschieden bekämpft und verlangt wurde, dieselben obligatorisch zu machen. Ferner enthielt die Petition die Forderung, dass die Vollrente nicht nur 66 $\frac{2}{3}$ %, sondern 75 Proz. des Arbeitsverdienstes betragen sollte. Ebenfalls wandte sich der christliche Gewerkverein gegen die Herabsetzung der Rente für jugendliche Arbeiter und verlangte die Festsetzung der Rente entsprechend dem Lohn erwachsener Arbeiter.

Das Zentrum stimmte diese Forderungen prompt nieder und überliess die Vertretung derselben der sozialdemokratischen Fraktion.

Am 27. April 1900 wurde im Reichstage eine Petition des oberschlesischen christlichen Arbeitervereins erörtert, die achtstündige Arbeitszeit in Bergwerken, Hütten und Fabriken einzuführen, wie solche schon in anderen Ländern bestehe. Auch bei der Erörterung dieser Frage war es wiederum das Zentrum, welches den Wunsch der christlichen Arbeiter bekämpfte, während die Sozialdemokraten denselben verteidigten. Ebenfalls stimmte auch nicht ein Zentrumsabgeordneter dafür, eine Petition des christlich-sozialen Textilarbeiterverbandes von Eupen und Umgegend dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, in welcher die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für die Textilindustrie, eine Mittagspause von 1—1 $\frac{1}{2}$ Stunden und das Verbot der Nacharbeit verlangt wurde. Derselbe christliche Verein petitionierte anlässlich der Novelle zu den Gewerbeurteilen für Errichtung von Gewerbeurteilen in allen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern; das Zentrum verhinderte einen derartigen Beschluss, und so wurde mit dessen Hilfe beschlossen, diese Wohlthat nur den Arbeitern in Städten mit mehr als 20000 Einwohnern zu erweisen.

Es wäre ein leichtes, zur Charakterisierung der Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums noch eine ganze Reihe von Thatsachen anzuführen, doch werden diese Beispiele genügen, um zu beweisen, dass die Sozialdemokratie den Zusammenschluss aller Arbeiter in einer Organisation nicht im entferntesten zu fürchten braucht; gleichzeitig ist hier auch aber erklärt, weshalb gerade die Zentrumsführer mit Aufbietung ihres ganzen Einflusses die Neutralisierung der Gewerkschaften zu verhindern suchten.

Mit dem Schlagwort des »Maasshaltens« haben bisher die Sozialpolitiker aller Schattierungen jede ernsthafte Reform bekämpft, ohne bei den Arbeitern irgendwelche Gegenliebe zu finden. Natürlich wird im Lager dieser gemässigten Arbeiterfreunde stets viel Wesens davon gemacht, wenn die sozialdemokratische Fraktion gegen einen — absolut nichtssagenden — Antrag eines der Ihrigen stimmt. Und dies ist denn auch die Veranlassung, weshalb Herr Dr. Freund diesmal gegen die Sozialdemokratie zu Felde zieht und die schon angeführten Gegensätze zwischen derselben und der Arbeiterschaft zu konstruieren sucht.

Wie alle Sozialistenötter berücksichtigt auch Herr Dr. Freund allzuwenig den wahren Sachverhalt. Er behauptet: »Die Sozialdemokratie hat im Reichstage geschlossen mit der konservativen Partei gegen den Antrag Roesicke-Pachnicke, betr. die Organisation der paritätischen Arbeitsnachweise, gestimmt.« Der betreffende Antrag hatte folgenden Wortlaut:

»Der Reichstag wolle beschliessen, den Herr Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst

einen Gesetzentwurf, betr. die Einrichtung von Arbeitsnachweisen, vorzulegen, durch welchen bestimmt wird, dass auf Antrag und nach Anhörung einer entsprechenden Anzahl beteiligter Arbeitgeber und Arbeitnehmer Gemeinden bzw. weitere Kommunalverbände, insoweit innerhalb ihrer Bezirke kommunale oder gemeinnützige Arbeitsnachweise, welche den Vorschriften des zu erlassenden Gesetzes und den örtlichen Bedürfnissen entsprechen, nicht vorhanden sind, durch die Landeszentralbehörde zur Errichtung und Unterhaltung solcher Arbeitsnachweise angehalten werden können; durch welchen ferner bestimmt wird, dass an der Verwaltung solcher Arbeitsnachweise Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu beteiligen sind.«

Wer sich diesen Antrag einmal etwas genauer ansieht, wird leicht erkennen, dass es sich bei demselben gar nicht um die Errichtung von Arbeitsnachweisen handelt, bei welchen die Parität den Arbeitern garantiert ist. Nur wenn die Vertreter der Arbeiter aus einer freien und direkten Wahl derselben hervorgehen, kann doch erst von einer solchen überhaupt die Rede sein. Nach dem Antrag Roesicke-Pachnicke ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass die Gemeindevertretungen die Vertreter der Arbeiter ernennen. Was das bei dem heutigen kläglichen Gemeindevahlrecht zu bedeuten hat, braucht nicht des weiteren erörtert zu werden. In den meisten Gemeinden hätten jedenfalls »Arbeitswillige«, die von den Behörden doch als die festesten Stützen von Staat und Gesellschaft betrachtet werden, am meisten Aussicht, als »Arbeitervertreter« ernannt zu werden.

Weiter sollen derartige Arbeitsnachweise nur auf Antrag einer entsprechenden Anzahl beteiligter Arbeitgeber und Arbeitnehmer errichtet werden können. Da werden in den meisten Orten die Arbeiter wohl recht lange warten müssen, bevor ein Arbeitsnachweis errichtet wird, denn trotz der beruhigenden Versicherung, welche Herr Dr. Freund den Herren Arbeitgebern in einem früheren Artikel²⁾ gab, dass sie auch bei den von ihm propagierten sogenannten paritätischen Arbeitsnachweisen nach wie vor »Herr im Hause« bleiben, dass sie vollständig frei in der Einstellung und der Entlassung der Arbeiter sein würden, haben sich die Arbeitgeberverbände von ihrem Standpunkt der Errichtung eigener Arbeitsnachweise noch nicht einmal abbringen lassen.

Wir wollen dem Gedächtnis des Herrn Dr. Freund etwas zu Hilfe kommen, indem wir hier nur einige Thatsachen registrieren.

Am 5. Juni 1898 erklärte die Delegierten-Versammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller es für unumgänglich notwendig, »obligatorische Arbeitsnachweise auf unparitätischer Grundlage zu errichten, und beschloss, an den Bundesrat, an die Ministerin sämtlicher Bundesstaaten, an die Mitglieder der konservativen Fraktion und des Zentrums einen Protest gegen Errichtung paritätischer Nachweise zu senden.

Zu Anfang des Jahres 1900 reichte Baumeister Felisch, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes im Berliner Baugewerbe, beim Reichstage eine Petition ein, welche die obligatorische Errichtung von Arbeitsnachweisen unter ausschliesslicher Leitung von Arbeitgebern anstrebt.

Ist Herrn Dr. Freund ferner nicht bekannt, dass im letzten Jahr die Kupferschmiede in Hamburg und die organisierten Glasflaschenmacher in Deutschland wegen Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises gestreikt haben, und dass beide Streiks, und zwar der letztere unter den furchtbarsten Opfern, deshalb verloren wurden, weil die Unternehmer mit Aufbietung ihrer ganzen Machtmittel gegen die angestrebte Parität energischen Widerstand leisteten? Ist es unter solchen Umständen nicht geradezu ein sträflicher Leichtsin, wenn Herr Dr. Freund in seinem letzten Artikel den Arbeitern einzureden sucht, der Antrag Roesicke-Pachnicke könne die Wirkung haben, »die paritätischen Arbeitsnachweise in ganz Deutschland« auszubreiten?

²⁾ Vergl. Sociale Praxis vom 27. April 1899.

Die Herren Roesicke und Pachnicke wollen auch die jetzt schon bestehenden kommunalen oder gemeinnützigen Arbeitsnachweise, soweit sie den sehr massigen Ansprüchen ihres Antrages genügen, aufrecht erhalten. Mit den jetzt bestehenden Arbeitsnachweisen sind die Arbeiter in mehreren Orten aber keineswegs zufrieden, dieselben genügen durchaus nicht den Ansprüchen, welche billigerweise die Arbeiter an solche Institute zu stellen berechtigt sind. In Frankfurt a. M. beteiligen sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an dem dort eingerichteten kommunalen Arbeitsnachweis aus dem Grunde nicht, weil ihnen keinerlei Einfluss auf die innere Organisation derselben auf die Auswahl der Verwaltungsbeamten eingeräumt wurde; und gerade dort wäre es den bürgerlichen Sozialreformern sehr wohl möglich gewesen, zu Gunsten des uneingeschränkten Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter wirken zu können. Das Gegenteil ist bisher geschehen. Eine Reihe in der Frankfurter Stadtverwaltung einflussreicher Männer, welche als Reformen auf sozialpolitischem Gebiet gelten wollen, haben die diesbezüglichen Anträge der Gewerkschaften, anstatt sie zu befürworten, direkt bekämpft. Würde Herr Dr. Freund sich die auf dem Gewerkschaftskongress 1899 in Frankfurt a. M. beschlossene Resolution noch einmal etwas näher angesehen haben, so hätte er alle seine Schlussfolgerungen über die Grundsätze zwischen Partei und Gewerkschaften preisgeben müssen; ihm würde aber auch klar geworden sein, wie wenig die jetzt bestehenden Arbeitsnachweise den Forderungen der organisierten Arbeiter entsprechen und wie ein grosser Gegensatz zwischen ihnen und dem Antrag Roesicke-Pachnicke besteht. Es scheint auch hier einmal wieder notwendig, das äusserst mangelhafte Gedächtnis der bürgerlichen Sozialreformer zu schärfen, und ihnen dadurch den Weg zu weisen, um den Wünschen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gerecht zu werden.

Die Vertreter der organisierten Arbeiter beschlossen auf dem letzten Gewerkschaftskongress, sich an kommunalen Arbeitsnachweisen zu beteiligen, wenn dieselben nach folgenden Grundsätzen ausgestaltet würden:

- Verwaltung durch eine aus in gleicher Zahl von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je in freier Wahl gewählten direkten Vertretern zusammengesetzte Kommission unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden;
- Führung der Geschäfte durch aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangene Beamte; Wahl derselben durch die Verwaltungskommission;
- Ablehnung der Vermittlung an solche Arbeitgeber und Dienstherrn, welche notorisch ihre Pflichten als Arbeitgeber nicht erfüllen, sowie an solche Arbeitgeber, welche bei ausbrechenden Differenzen mit ihren Arbeitern in keine Verhandlungen zur Beilegung derselben mit der zuständigen Arbeiterorganisation eintreten wollen;
- genaue Feststellungen über die Lohnbedingungen und Veröffentlichung derselben mit den übrigen Ergebnissen der Arbeitsnachweisstatistik;
- vertragsmässige Verpflichtung der Arbeitgeber, die von dem Arbeitsamt angegebenen Arbeits- und Lohnbedingungen nach erfolgter Einstellung auch zu erfüllen, um den Arbeiter oder Dienstboten vor Täuschung oder Benachteiligung zu schützen;
- vollständige Gebührenfreiheit und Uebernahme der gesamten Kosten auf die Gemeinde- oder Staatskasse.

Diese Forderungen wurden ausdrücklich als das Minimum dessen bezeichnet, was als Garantie für einen die berechtigten Interessen der Arbeiter berücksichtigenden Arbeitsnachweis verlangt werden müsste. Bisher hat im Reichstage nur eine Partei Anträge gestellt, welche mit diesen Forderungen im Einklang stehen — eben die von Herrn Dr. Freund als »Bleigewicht« für die Arbeiterbewegung bezeichnete Sozialdemokratie. Und zwar hat sich dieselbe nicht etwa von den Gewerkschaften treiben lassen, sondern ist denselben gerade bei dieser Frage vorangeilt. Paritätische Arbeitsnachweise verlangte die sozialdemokratische Fraktion schon in dem Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes im Jahre 1884, dann wiederum 1890 und zuletzt in dem 1898 eingebrachten Entwurf bezüglich Errichtung eines Reichsarbeitsamtes. Wie komisch klingt es da, wenn Herr Dr. Freund pathetisch

ausruft: »Was ist denn Herr Bebel der Arbeitsnachweis?«

Ungeschickter konnte wahrlich niemand gegen die Sozialdemokratie argumentieren, als Herr Dr. Freund, indem er die Stellungnahme der Gewerkschaften zu der Frage des Arbeitsnachweises als eine gegensätzliche zu der der Sozialdemokratie bezeichnete und auf diese Legende gestützt gar meint, die Arbeiter »trauen der Partei nicht mehr, sie haben die Empfindung, dass ihre Interessen den Parteiinteressen rücksichtslos zum Opfer gebracht werden.«

Und was will nun Herr Dr. Freund mit seinen »paritätischen« Arbeitsnachweisen überhaupt erreichen? Hören wir ihn selbst:

»Wenn irgend etwas im stande ist, Arbeitgeber und Arbeiter einander näher zu bringen, die vorhandenen Gegensätze abzuschwächen und den sozialen Frieden anzubahnen, dann ist es das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern in der Organisation des Arbeitsnachweises, dieser Institution, welche für die Arbeiter von der allergrössten Bedeutung ist.«

Dahin soll also der Kurs gehen die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit soll durch die Arbeitsnachweise herbeigeführt werden.

Nachdem Herr Dr. Max Hirsch sich sein ganzes Leben lang vergeblich abgemüht hat, die deutschen Arbeiter Harmonie zu lehren, erscheint Herr Dr. Freund auf der Bühne, um sich genau so wie die bisherigen Harmonieapostel vor der aufgeklärten Arbeiterschaft Deutschlands zu kompromittieren. In der That — kein denkender Arbeiter wird Herrn Dr. Freund fürderhin noch ernst nehmen, nachdem er am Schlusse seines Artikels den deutschen Arbeitern den freundschaftlichen Rat gegeben, die Sozialdemokratie nun endlich zum alten Eisen zu werfen. »Wenn auch die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie viel zu danken hat, in der Politik giebt es keine Dankbarkeit, keine Sentimentalität. Die Sozialdemokratie hat dem Arbeiter in den Sattel geholfen — nun kann er reiten!« Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan — der Mohr kann gehen! Von den »unfruchtbaren, utopistischen Parteibestrebungen« gründlich kurriert, flüchtet sich die Arbeiterschaft in die offene Arme der Harmonielehrer! Welch' holder Traum! Aber — der Traum wird nie Wirklichkeit werden! Die Arbeiterschaft Deutschlands wird die moderaten Sozialistentöter weiter träumen lassen — und unbeirrt durch ihre Phantasien kräftig weiter arbeiten an dem Ausbau und der Stärkung ihrer wirtschaftlichen und politischen Kampforganisationen — in der festen Ueberzeugung, dass die Festung Kapitalismus nicht vor den Friedensposanen d. Harmonieapostel kapitulieren wird, sondern nur von dem unerbitterlichen Machtgebot der politisch und gewerkschaftlich aufgeklärten und disziplinierten Proletariatsmassen.

Bürgerliche Sozialreformer.

In No. 11 der »Gr. Pr.« erschien ein sehr scharfer Artikel gegen Herrn Dr. Freund und die »bürgerlichen Sozialreformer«, welcher im Interesse der Gewerkschaften nicht ohne Erwiderung bleiben darf. In der Gewerkschaftsbewegung handelt es sich bekanntlich einzig und allein um die Verbesserung der Arbeiterlage im Gegenwartstaat. Von diesem Gesichtspunkte aus muss uns nicht nur jeder Mitarbeiter willkommen sein, sondern wir haben auch gar kein Interesse daran, sogen. »bürgerliche Sozialreformer hämisch und wegwerfend zu behandeln.

Als Gewerkschaftler sind wir keine »revolutionären Umstürzler«, sondern Sozialreformer und daher im Interesse der von uns vertretenen Sache verpflichtet, jede Hilfe aus anderen Kreisen entgegenzunehmen. Man braucht deshalb auf eine Kritik der Stellungnahme dieser Kreise und Personen in Einzelfragen nicht verzichten, sie muss aber sachlich und mit derselben Achtung erfolgen, welche man selbst für seine Haltung beansprucht. Man verzichte doch endlich einmal auf die Anschauung, dass Menschen in ihrer wissenschaftlichen, sozialen und politischen Bedeutung minderwertiger sind als andere, wenn sie nicht Sozialdemokraten sind. Damit kann man doch nur auf die Zustimmung von Leuten rechnen, welche nach einem bekannten Ausspruch niemals alle werden.

Wann wird endlich einmal in der Gewerkschaftsbewegung die Taktik gefunden werden, welche zur Erlangung grosserer Erfolge unumgänglich nötig ist? Weg mit parteipolitischer Phraseologie, dagegen gründliche, gediegene Vertretung der Arbeitersache auf dem Boden gegenseitiger Achtung und mit ge-

schickter Benutzung aller im Interesse der Arbeiterbestrebungen thätigen Kreise und Personen! Wer heutzutage diese allein richtige Haltung einnimmt, hat es in der Gewerkschaft leider noch nicht leicht. Er wird vielfach verkannt, verspottet und bekämpft. Deshalb halten sich aber auch sehr oft ältere, erfahrenere Berufsgenossen von der Arbeit zurück (?) und überlassen damit das Feld häufig jüngeren, ungeklärten Elementen, welche nichts besonderes zu verlieren haben (?) und deshalb es riskieren können, alle Nichtsozialdemokraten als »eine reaktionäre Masse« zu befehlen. Wer muss denn diese Praxis büssen? Einzig und allein die Arbeiterschaft, welcher man dann freilich bei allen Niederlagen einredet, (!) dass nur widrige wirtschaftliche Verhältnisse hieran schuld wären. Nein! Mangel an Besonnenheit und Klugheit in der öffentlichen Vertretung der Arbeitersache hat schon viel mehr verdorben, als man im allgemeinen zugesteht. Dass dieser Mangel bald beseitigt werde, muss man im Interesse der Arbeiterschaft dringend wünschen. Jeder Sozialreformer unterstützt mehr oder weniger die Arbeitersache, deshalb muss er von einschichtigen Gewerkschaftlern — bei dem Recht voller sachlicher Kritik — geachtet werden. Das schwerere Geschütz dagegen mag man gegen solche Kreise und Personen richten, welche sich gegen die Arbeiterbewegung überhaupt wenden und gar nicht, wie Richter & Cie., Sozialreformer sein wollen.

Anmerkung der Redaktion. Was du nicht willst, das man dir thu', das füg auch keinem andern zu. Das Feingefühl, welches der Verfasser obiger Korrespondenz für Herrn Dr. Freund hat, hätte auch Herr Dr. Freund gegenüber der von ihm angegriffenen Partei haben müssen. Wir können es wirklich nicht begreifen, dass einem beim Lesen des Wortes »Sozialdemokratie« immer eine Gänsehaut überlaufen soll und sind weiter der Meinung, dass uns deshalb nichts von unserer Neutralität verloren geht. Wenn weiter von jungen Leuten gesprochen wird, denen die nötige Einsicht fehlt und welche nichts zu verlieren haben, so muss schon der Schreiber deutlicher werden, zumal wir der Meinung sind, dass man nicht erst vor Alter mit dem Kopf zu wackeln braucht, um Erfahrungen in der Gewerkschaftsbewegung zu sammeln und die nötige Einsicht zu gewinnen.

O.

Internationales.

Jahresbericht für 1901.

Dansk litografisk Forbund (Kopenhagen). Mitgliederzahl 31. Dezember 1901 190. Gesamteinnahme Kronen 4157,23; Ausgaben 2920,40, giebt einen Jahresabschluss von Kronen 1236,83. Kassenbestand den 1. Januar 1901 Kronen 1053,79, den 31. Dezember 1901 Kronen 2290,62.

Unter den Ausgabenposten hebe ich folgendes hervor: An Arbeitslosenunterstützung haben wir Kronen 867,45 und an Reiseunterstützung Kronen 347,80 ausbezahlt.

Die Arbeitslosenstatistik ergiebt folgendes Bild: Im Jahre 1901 sind 34 Mitglieder arbeitslos gewesen in zusammen 421 Wochen (durchschnittlich 12 Wochen und 2 Tage, die höchste Arbeitslosigkeit 41 Wochen, die niedrigste 2 Wochen pro Mitglied).

Das verflossene Jahr zeichnete sich durchgehend durch einen etwas flauen Geschäftsgang aus. Wir haben nur wenig Streitigkeiten mit den Prinzipalen gehabt und sind etwa vorkommende Differenzen immer, bis auf eine Ausnahme, durch friedliche Verhandlungen ausgeglichen worden. Unser Schiedsgericht ist nicht in Anspruch genommen worden. Für die italienischen Kollegen wurden durch freiwillige Sammlungen 146 Kronen aufgebracht.

In der Hoffnung, dass der Gedanke der internationalen Solidarität fort und fort gedeihen mag zum Wohle der Arbeiter allerorts zeichnet

Mit kollegialem Gruss

Peter Nielsen, Kopenhagen,
Svanemosgaardvej 7 II.

Steindruckerbund von Gross-Britanien und Irland.

Bericht für 1901.

Ich beehre mich, Ihnen hierdurch einen abgekürzten Bericht des obigen Bundes für 1901 zu unterbreiten. Die Gesamt-Einnahme betrug Pfd. 10168,49; die Ausgaben für Unterstützungen an Mitglieder bezifferten sich auf Pfd. 5045,14.3; der Kassenbestand des Bundes ist nun Pfd. 8677,14.10. Während des Jahres wurden 281 neue Mitglieder aufgenommen und 141 ausgeschlossen; am Schlusse des Jahres war also die Mitgliederzahl 3914. Der Bund hat nicht ermangelt, behufs Verbesserung der Verhältnisse seiner Angehörigen thätig aufzutreten und ist in folgenden Städten nämlich:

Aberdeen, Brighton, Dundee, Halifax, Preston, Ulverston, Walsfield und York, eine Herabsetzung der Arbeitsstunden erzielt worden, welche von einer Stunde in einigen Städten bis anderthalb und zwei Stunden in anderen Städten variiert.

Der Minimallohnsatz wurde in folgenden Städten erhöht, nämlich: Ashton, Bishop Auckland, Bradford, Brighton, Glasgow, Hanley, Liverpool, Newcastle und Sheffield; die erzielten Zulagen variieren von 1/6 bis 7/16 pro Woche.

Was die Anzahl der dem Bunde nicht angehörigen Kollegen anbetrifft, sowie die der Lehrlinge, so haben wir beim Schätzen derselben London auszulassen und zwar wegen der Schwierigkeiten, welche die ungeheure Grösse der Stadt und der grosse Umfang des Bodens, über welchen die Druckanstalten

